A6 Soziale Hochschulpolitik statt Personenkult und Linientreue

Gremium:	CampusGrün FU Berlin
Beschlussdatum:	15.11.2024
Tagesordnungspunkt:	12. Anträge

Antragstext

Campusgrün ist laut Satzung ein eigenständiger, grüner Hochschulverband. Sein Ziel ist die "Vertretung studienbezogener, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Belange der Studierenden". Weder sind wir bloßes Anhängsel der Partei Bündnis 90/Die Grünen, noch ihr Wahlkampfvehikel. Vielmehr sind wir als hochschulpolitischer Zusammenschluss die Interessensvertretung von Studierenden. In Zeiten neoliberaler Sparpolitik und einer Orientierung an der sogenannten politischen Mitte bedeutet das mitunter auch, dass wir diese Interessen gegen die Regierungs-Beharrungskräfte in der Partei Bündnis 90/Die Grünen erkämpfen müssen.

Vor diesem Hintergrund beschließt die Mitgliederversammlung, dass sich der Verband Campusgrün nicht an Wahlkampfaktionen o.ä. der Grünen beteiligt und sich ausschließlich auf grüne Hochschulpolitik konzentriert. Es bleibt die tiefgreifende Aufgabe des Bundesvorstands, studentische Interessen an die ihm nahestehende Partei Bündnis 90/Die Grünen heranzutragen und sich nachdrücklich für diese einzusetzen.

Weiterhin unterstützt der Verband nicht einzelne Kandidat*innen der Mutterpartei, sondern setzt sich vielmehr für die gesamte Breite grüner Konzepte ein, welche in Beschlüssen der Bundesmitgliederversammlung sowie im Grundsatzprogramm manifestiert sind.

Campusgrün versteht sich als Interessensvertretung für Studierende gegenüber Parteien und Organisationen des links-grünen Spektrums. Dabei setzen wir uns (auch gegen Widerstände) für studentische Belange ein und kritisieren dabei, wenn nötig, auch Gesetzespakete, die von grünen Verantwortungsträger*innen mitgetragen wurden. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die sogenannte „BAföG-Reform“, deren finanzielle Bestimmungen nicht einmal die Grundbedürfnisse vieler Studierender decken und mutmaßlich verfassungswidrig sind. Für die Verbesserung der sozialen Lage vieler Mitglieder unserer Statusgruppe tragen wir Verantwortung, weshalb wir für dieses Anliegen weiter lobbyieren und grüne Regierungsmitglieder in die Pflicht nehmen werden.

Konkret beschließt die Mitgliederversammlung:

1. Campusgrün versteht sich nicht als Wahlkampfvehikel für Bündnis 90/Die Grünen und bleibt in Organisation und politischen Handlungen unabhängig. Der Verband als solcher beteiligt sich nicht an der Kampagne für die Bundestagswahl und fokussiert seine Bemühungen ausschließlich auf hochschulpolitische Belange.

2. Campusgrün setzt sich für basisdemokratische Entscheidungen auf sämtlichen Beschlussebenen ein. Dabei erliegen wir keinem Personenkult und konzentrieren uns auf konkrete Sachpolitik für die Gruppe der Studierenden.

3. Campusgrün priorisiert die Belange der Studierenden. Dabei bleibt die Verringerung der finanziellen sowie sozialen Not eine unserer weitreichendsten Aufgaben. Beschlüssen auch grüner Verantwortungsträger*innen, die sich im Kampf

gegen soziales Elend als nur unzureichend erweisen, stehen wir weiterhin kritisch gegenüber. Wir bleiben weiter fest an der Seite von benachteiligten Menschen.